

AfD-Fraktion LK Kassel • Friedrich-Ebert-Str. 14 • 34385 Bad Karlshafen

**Kreistags- und Kreisausschussbüro des  
Landkreises Kassel**

z. Hd. Herrn Andreas Sennhenn  
andreas-sennhenn@landkreiskassel.de  
z. Wtl. an Herrn Andreas Güttler



**12. Antrag der AfD-Fraktion Landkreis Kassel – Gewalt gegen Rettungskräfte zur Behandlung in  
der Kreistagsitzung am 07.05.2018 in ~~Vellmar~~ Immenhausen**

Sehr geehrte Herr Güttler,

die AfD-Fraktion bittet folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Kreistagsitzung zu nehmen:

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Kreistag dankt allen Einsatzkräften in der Polizei, der Feuerwehr und im Sanitätsdienst, die sich mit ihrer täglichen Arbeit unermüdlich für das Gemeinwesen einsetzen, Menschen in Notsituationen unterstützen und für die Sicherheit von uns allen sorgen. Er drückt seine Wertschätzung für die Frauen und Männer aus, deren Engagement mitverantwortlich dafür ist, dass sich die Bürger in unserem Landkreis wohl fühlen und diesen als eine lebens- und liebenswerte Region betrachten.
2. Der Kreistag zeigt sich besorgt über die steigende Gewalt gegen Rettungskräfte im Landkreis Kassel und erklärt sich solidarisch mit allen Einsatzkräften, die während ihrer Pflichterfüllung Opfer verbaler und tätlicher Angriffe oder Nötigung geworden sind. Es ist nicht hinnehmbar, wenn Einsatzkräfte bedroht, beleidigt und in ihrer körperlichen Integrität beeinträchtigt werden.
3. Der Kreistag unterstützt die Forderung des Hessischen Innenministers Beuth nach einer neuerlichen Strafverschärfung bei Angriffen auf Einsatzkräfte und appelliert an den Deutschen Bundestag in seiner Funktion als Gesetzgeber,

durch eine Änderung des Strafgesetzbuches eine weitere Verschärfung des Strafrechts zu beschließen, um Rettungskräfte wirkungsvoller zu schützen.

4. Der Kreistag bittet den Kreisausschuss, seine Bemühungen in der Gewaltprävention und der (Schul-)Sozialarbeit zu überprüfen und bereits existierende Maßnahmen in den genannten Bereichen ggf. anzupassen und um weitere Handlungsstrategien zu ergänzen.

**Begründung:**

Obwohl im vergangenen Jahr die einschlägigen Tatbestände im Strafgesetzbuch wesentlich verschärft und durch die Einführung des § 114 StGB sogar mit Haftstrafen versehen wurden, scheint dies uneinsichtige Gewaltbereite nicht davon abzuhalten, weiterhin Gewalt unterschiedlichen Ausmaßes gegen Polizei, Feuerwehr und Rettungskräfte während der Ausführung ihres Dienstes auszuüben.

Da es sich bei solchen Übergriffen um unhaltbare Zustände handelt und sich eine derartige Gewalt gegen unsere ganze Gesellschaft richtet, ist es notwendig, dass alle staatlichen und kommunalen Institutionen ein klares Signal gegen diese gemeinschaftsschädlichen Handlungen setzen.

Weitere Begründungen erfolgen mündlich.

Mit alternativen Grüßen

**Florian Kohlweg**

Fraktionsvorsitzender

Alternative für Deutschland  
Landkreis Kassel